

„Gut gemeint, aber gar nicht gut gemacht!“

Sylvia Bruns: Neues Gesetz treibt Prostituierte in die Illegalität

Donnerstag 2. Juni 2016 - Hannover (wbn). Die FDP-Sozialpolitikerin Sylvia Bruns kritisiert das von der Bundesregierung geplante neue Prostitutionsgesetz. Am Morgen hatte der Bundestag über einen entsprechenden Entwurf des Bundesfrauenministeriums beraten.

Bruns dazu wörtlich: „Hier sieht man einmal mehr: Gut gemeint ist eben nicht gleich gut gemacht. Für die betroffenen Frauen wird es zu zahlreichen Verschlechterungen kommen“. Zu der beabsichtigten Eindämmung von Zwangsprostitution werde es mit den vorgeschlagenen neuen Regelungen nicht kommen. „Stattdessen stellt man gleichzeitig einen kompletten Berufsstand unter Generalverdacht, statt ihm endlich einmal mit Respekt zu begegnen.“

Fortsetzung von Seite 1

Bruns kritisiert insbesondere die neue Meldepflicht und die damit verbundene Einführung eines Ausweises für den Berufsstand. „Viele der Frauen verheimlichen aus guten Gründen ihre Tätigkeit gegenüber Kindern, Eltern, anderen Verwandten oder einem zweiten Arbeitgeber und werden so gezwungen, dies öffentlich zu machen – mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben“, sagt sie. Zwar kann ein Ausweis mit Künstlernamen erstellt werden, der trägt aber dennoch ein Foto der Frau. Auch die Kondompflicht für Freier bewertet Bruns kritisch, zumal vermutlich kaum geplant ist, dass künftig eine Kontrolle der Regelung während des Geschlechtsaktes durch Ordnungshüter erfolgen soll.

Bauliche Auflagen, wie getrennte Duschen für Kunden und Prostituierte, seien zudem pure

FDP-Sozialpolitikerin Sylvia Bruns kritisiert geplantes Prostitutionsgesetz

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 02. Juni 2016 um 12:44 Uhr

Bürokratie und würden das Aus für viele Frauen in dem Job bedeuten. Die geplante regelmäßige Meldepflicht wiederum werde nicht dazu führen, Zwangsprostitution zu verhindern. „Schon jetzt erzählen diese Frauen den Behörden nichts von ihrer Zwangslage. Wieso sollte das in einem kurzen Beratungsgespräch anders sein?“ Die FDP-Politikerin forderte, dass statt der zahlreichen unsinnigen Regelungen das Beratungsangebot für Prostituierte ausgeweitet wird. Bruns: „Alles andere ist nur die Gängelung eines kompletten Berufsstandes.“